

### "Solidarische Mindestrente": BGE (Bedingungsloses Grundeinkommen) durch die Hintertür?

Scholz, Jendrik; Scholz, Birger

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Scholz, J.r., & Scholz, B. (2015). "Solidarische Mindestrente": BGE (Bedingungsloses Grundeinkommen) durch die Hintertür? *Sozialismus*, 42(6), 32-37. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-432542>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

# Sozialismus

www.Sozialismus.de

Susanne Hennig-Wellsow:  
Was heißt linker Haushalt?



J. Bischoff/B. Radke:  
Tsipras »rote Linien«



Richard Detje/Otto König:  
Streikrepublik Deutschland?

H. Flassbeck – T. Schulten:  
Kontroverse über den Lohn

**Forum  
Gewerkschaften**

Supplement:  
Industrie der Zukunft?



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

## Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

### Die linke Alternative in Bremen



Entgegen den Umfragen haben die WählerInnen in Bremen ein politisches Beben ausgelöst. Für die auf eine Fortführung der rot-grünen Koalition programmierten Parteien ist das Ergebnis eine Abfuhr. Und erneut ist die Zahl der NichtwählerInnen massiv gestiegen: Es gingen 2015 nur noch 50,1% der Wahlberechtigten zur Wahl. ...

### Großbritannien wählt die Austerität



David Cameron hat die Wahl in Großbritannien deutlich gewonnen und kann ohne Koalitionspartner regieren. Die Meinungsumfragen lagen gründlich daneben. Als die ersten Ergebnisse aus den Wahllokalen eingingen und im Fernsehen veröffentlicht wurden, glaubten manche ihren Augen nicht. ...

### Der widerspenstige Kontinent



Der VII. Gipfel der amerikanischen Staaten war historisch. Nicht nur wegen des symbolträchtigen »Handshake« zwischen dem kubanischen und US-amerikanischen Präsidenten, sondern wegen Kubas Teilnahme am Gipfel in Panama. ...

## Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Streikrepublik? Arbeitskämpfe im Merkel-Land .....	2
Frank Deppe: Ende der Einheitsgewerkschaft? Überlegungen zu sozialer Spaltung, Gewerkschaftskonkurrenz, gesetzlicher Tarifeinheit und politischem Mandat .....	6
Heiner Flassbeck: Die deutschen Löhne – Konfusion von links bis rechts .....	13
Thorsten Schulten: Replik auf Heiner Flassbeck .....	16

## Flügelkämpfe & Spielräume

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: AfD – offener Machtkampf .....	18
Susanne Hennig-Wellsow: Wir machen's gerecht! Überlegungen zu einer linken Landeshaushaltspolitik in Thüringen .....	23
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Ein sozialer Arbeitsmarkt tut Not Alternativen zur Langzeitarbeitslosigkeit .....	27
Jendrik Scholz/Birger Scholz: »Solidarische Mindestrente«: Bedingungsloses Grundeinkommen durch die Hintertür? .....	32

## Reformen & Rahmenbedingungen

Joachim Bischoff/Björn Radke: Griechenland – rote Linien gegen finanzielle Repression .....	38
Boris Kanzleiter: Rote Punkte auf dem Balkan. Der Erfolg von Syriza dynamisiert eine sich neu formierende Linke in Südosteuropa .....	43
Matteo Gaddi: Die Situation der Arbeit in Italien. Die Veränderungen des Arbeitsmarkts im Zeitraum von 2000 bis 2013 .....	49
Otto König/Richard Detje: Die Zeit der Angst ist vorbei. Die Aufarbeitung der Verbrechen der Militärdiktaturen in Lateinamerika .....	54
Wolfgang Schlott: Fragile Menschenrechte (zu Hans Joas, Sind die Menschenrechte westlich?) .....	57

## Geschichte | Impressum | Veranstaltungen | Film

Jörg Wollenberg: Mit Georg Elser verwechselt und nach Auschwitz deportiert Zum Schicksal des roten Kapos Hermann Joseph .....	59
Impressum .....	57
Veranstaltungen & Tipps .....	64
Klaus Schneider: Babadook (Filmkritik) .....	65

## Supplement

Joachim Bischoff/Björn Radke/Axel Troost: <b>Industrie der Zukunft?</b> Wertschöpfung zwischen De-Industrialisierung und vierter Industrieller Revolution	
---	--

# »Solidarische Mindestrente«: BGE durch die Hintertür?

von | Jendrik Scholz und Birger Scholz



Wahlkampf in Thüringen (flickr/LINKE Thüringen) ©

Von der zunehmenden Altersarmut in Deutschland<sup>1</sup> sind besonders Personen mit unsteten Erwerbsbiografien, frühere Niedriglohn- und geringfügig Beschäftigte, Hartz-IV-EmpfängerInnen und prekäre Selbständige betroffen. Die Absenkung des allgemeinen Rentenniveaus auf 42% verschärft das Problem. Diesem negativen Trend setzt die Linkspartei ihr Konzept einer »solidarischen Mindestrente« entgegen.<sup>2</sup> Die Linksfraktion forderte in ihrem Bundestagsantrag im Jahr 2012 eine »solidarische Mindestrente« »mit der ein Nettoeinkommen im Alter (ohne Wohngeld) von sofort 900 Euro durch Zuschläge garantiert wird«, das »schrittweise auf 1.050 Euro angehoben« werden soll.<sup>3</sup>

Anspruch auf diese »solidarische Mindestrente« sollen alle in Deutschland lebenden Menschen unabhängig von einer vorherigen Beitragszahlung in der Rentenversicherung haben. In ihrem Bundestagswahlprogramm 2013 hat die Linkspartei ihre Forderung nach einer »solidarischen Mindestrente« noch einmal bekräftigt und ihre sofortige Einführung in Höhe von 1.050 Euro netto als politischen Schwerpunkt benannt.<sup>4</sup> Vermögen in Höhe von 20.000 Euro und ein Freibetrag für »Altersvorsorge« in Höhe von 48.750 Euro sollen unberücksichtigt bleiben. Ebenfalls unberücksichtigt bleiben soll – unabhängig von der Haushaltsgröße – eine selbstgenutzte Immobilie mit bis zu 130 Quadratmetern Wohnfläche. Die Mindestrente soll von der gesetzlichen Rentenversicherung ausgezahlt und in Höhe des

Unterschiedsbetrags zum ggf. vorhandenen eigenen Rentenanspruch aus Steuermitteln finanziert werden.

Johannes Steffen hat dieses rentenpolitische Konzept in »Sozialismus« u.a. deswegen als »sozialpolitisches Irrlicht« charakterisiert, weil damit »der Abstand der Standardrente zur Mindestsicherung deutlich sinken« würde.<sup>5</sup> Er sorgt sich zu Recht um die »Akzeptanz des Pflichtbeitragssystems«, und fragt kritisch, warum Niedriglohnbeschäftigte im Modell der Linkspartei künftig überhaupt noch sozialversicherungspflichtig arbeiten sollten, wenn sie »am Ende trotz erwerbslebenslanger Beitragszahlungen nicht den Betrag der solidarischen Mindestrente erreichen können«. Er erkennt in der neuen Rentenpolitik der Linkspartei zutreffend das Einfallstor für die »Verschmelzung der Rentenversicherung mit der Mindestsicherung«.

Mit ihrem Rentenkonzept entwertet die Linkspartei in der Tat Lebensleistungen. Menschen, die über 40 Jahre und länger sozialversicherungspflichtig gearbeitet und Beiträge gezahlt haben, sollen nach Auffassung der Linkspartei genauso hohe Leistungen erhalten wie Menschen, die ggf. keinen einzigen Tag in ihrem Leben sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben. Die »solidarische Mindestrente« der Linkspartei ist insofern ein grober Verstoß gegen das Leistungsprinzip.

## Orientierung auf Fürsorge- statt Sozialversicherungsleistung

Das Sozialversicherungs- und das Fürsorgesystem haben sich tatsächlich in den letzten zehn Jahren im Zuge der Hartz- und der Rentenreformen auf Kosten der Leistungskraft und des Ansehens der Sozialversicherungen stark angenähert. Gerhard Bäcker zufolge beträgt im Jahr 2013 der durchschnittliche Grundsicherungsbedarf im Alter inklusive Unterkunfts-kosten in Westdeutschland 701 Euro.<sup>6</sup> Die »solidarische Mindestrente« der Linksfraktion in Höhe von 1.050 Euro würde das durchschnittliche Grundsicherungsniveau von 701 Euro um knapp 350 Euro und die durchschnittlichen Altersrenten von Männern, die in den Rentenbezug wechseln, von etwas über 900 Euro um 150 Euro übersteigen. Die in der Tabelle 1 aufgeführten durchschnittlichen Rentenzahlbeträge der Altersrenten berücksichtigen noch nicht die zu zahlende Einkommensteuer, die wegen der bis zum Jahr 2040 auf 100 Prozent steigenden nachgelagerten Besteuerung deutlich ansteigen wird. Ein Zugangrentner mit einer Rente in Höhe von 1.096 Euro (durchschnittliche Bestandsrente für Männer im Osten) ist im Jahr 2013 bereits steuerpflichtig gewesen.

Ottmar Schreiner und Cansel Kiziltepe zufolge sind schon für eine »Nettorente von 900 Euro bei einem Durchschnittsverdiener gut 35 (Vollzeit-)Beitragsjahre erforderlich«.<sup>10</sup> Das Rentenkonzept der Linksfraktion widerspricht damit dem Lohnabstandsgebot, wonach mit Arbeit immer höhere Einkünfte erzielt werden müssen als mit Fürsorgeleistungen. Übertragen auf die Alterssicherungspolitik sollten mit einer normalen Erwerbsbiografie die Rentenansprüche immer höher sein als Fürsorgeleistungen wie die »solidarische Mindestrente«. Mit einem Schlag würden Millionen von RentnerInnen von der Linkspartei in das »solidarische Mindestrente« genannte, verkappte Fürsorgesystem katapultiert.

Die Linkspartei scheint auch gewillt zu sein, Vermögenden den Zugang zur »solidarischen Mindestrente« zu ebnen. Darauf deuten die sehr großzügigen Freigrenzen für Vermögen im Rentenantrag der Linksfraktion hin. Unter dem Deckmantel der Armutsbekämpfung kreiert die Linkspartei eine an das »bedingungslose Grundeinkommen« angelehnte Leistung. Offenbar sollen damit jüngere, urbanere und modernere Wählergruppen diesseits des alten Hartz-IV-Milieus in Ostdeutschland – beispielsweise vermögende Freelancer aus der Erbgeneration der Mittelschichten in Westdeutschland – erschlossen werden. An klassische Hartz-IV-EmpfängerInnen können sich die Freibeträge der Linksfraktion jedenfalls nicht richten, denn dieser Personenkreis besitzt wegen des Vermögenseinsatzes in der Grundsicherung keine Immobilien mit Flächen von bis zu 130 Quadratmetern.<sup>11</sup>

Wenn der Wert einer derartigen Immobilie in einem westdeutschen Ballungsgebiet oder in Berlin mit bis zu 500.000 Euro angesetzt wird, beträgt das Schonvermögen im Rentenkonzept der Linksfraktion insgesamt mehr als eine halbe Million Euro. Dagegen beträgt das Median-Nettovermögen in Deutschland in Wirklichkeit gerade einmal 51.400 Euro – in Ostdeutschland sogar nur 21.400 Euro.<sup>12</sup> Obwohl die Vermögen pro Kopf mit steigendem Alter deutlich zunehmen, liegt der Anteil der Haushalte

**Tabelle 1: Rentenzahlbeträge unterschiedlicher Altersrenten**  
Vergleich der Höhe der durchschnittlichen Rentenzahlbeträge der Altersrenten von Zugangs- bzw. Bestandsrentnern im Jahr 2013 in West- und Ostdeutschland mit der durchschnittlichen Grundsicherung im Alter im Jahr 2013<sup>8</sup> und der »solidarischen Mindestrente«<sup>9</sup> in Euro

	West	Ost
»Solidarische Mindestrente« (DIE LINKE)	1.050	1.050
Durchschnittliche Altersrente Männer (Bestand)	1.003	1.096
Durchschnittliche Altersrente Männer (Zugang)	913	915
Durchschnittliche Grundsicherung im Alter	701	
Durchschnittliche Altersrente Frauen (Bestand)	512	755
Durchschnittliche Altersrente Frauen (Zugang)	505	786

mit Eigentum am Hauptwohnsitz (in der Regel ist dies selbstgenutztes Wohneigentum) in der Alterskohorte der Rentner (65 Jahre und älter) nur bei 51,5%.<sup>13</sup> Bei einem Schonvermögen in Form von Immobilien im Umfang einer halben Million Euro (in ländlichen Gebiete natürlich weniger) würde die Hälfte aller Haushalte demnach vom Rentenkonzept der Linkspartei gar nicht profitieren, weil sie eben kein Eigentum besitzt. Weil sie über keinerlei Eigentum verfügen, müssten die Eigentumslosen von der »solidarischen Mindestrente« ihre Miete bezahlen, so dass sich ihr verfügbares Einkommen reduzieren würde.

Unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten wiegt besonders schwer, dass knapp 27% der Eigentümer von Immobilien diese

*Jendrik Scholz*, Dipl.-Sozialwissenschaftler und Dipl.-Verwaltungswirt (FH), ist Leiter der Abteilung Arbeits- und Sozialpolitik beim DGB-Bezirk Baden-Württemberg. *Birger Scholz*, Dipl.-Volkswirt und Dipl.-Verwaltungswirt (FH), ist Mitglied des Promotionskollegs »Steuer- und Sozialpolitik bei wachsender Ungleichheit« der Freien Universität Berlin und der Hans-Böckler-Stiftung.

<sup>1</sup> Eine Ausnahme von dieser Feststellung stellt alleine die Position des Wissenschaftlichen Beirats beim Wirtschaftsministerium dar: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi-Beirat) (2012): Gutachten »Altersarmut«, verabschiedet durch den Beirat am 30.11.2012, Berlin.

<sup>2</sup> Birkwald, Matthias W. (2012): Für ein von Armut freies Leben im Alter! Die solidarische Mindestrente im Rentenkonzept der LINKEN, in: Butterwegge, Christoph/Bosbach, Gerd/Birkwald, Matthias W. (Hrsg.): Armut im Alter – Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung, Frankfurt am Main, S. 334-359.

<sup>3</sup> Birkwald, Matthias W. u.a. und Fraktion DIE LINKE (2012): Antrag im Deutschen Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/10998.

<sup>4</sup> DIE LINKE (2013): 100% Sozial. Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013, Vorwort und S. 19, Berlin.

<sup>5</sup> Steffen, Johannes (2011): Sozialpolitisches Irrlicht – Die rentenpolitischen Beschlüsse der Partei DIE LINKE, in: Zeitschrift »Sozialismus« 12/2011, S. 39-45.

<sup>6</sup> Bäcker, Gerhard (2014): Durchschnittlicher Grundsicherungsbedarf und durchschnittliche Höhe der Zugangsrenten, alte Bundesländer, 2003-2013, nach Deutsche Rentenversicherung und Statistisches Bundesamt, [www.sozialpolitik-aktuell.de/tl\\_files/sozialpolitik-aktuell/\\_Politikfelder/Altersrente/Datensammlung/PDF-Dateien/abbVIII91.pdf](http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Altersrente/Datensammlung/PDF-Dateien/abbVIII91.pdf).

<sup>7</sup> Deutsche Rentenversicherung (2014): Rentenversicherung in Zahlen 2014; Rentenzahlbeträge nach Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen, aber vor Steuern.

<sup>8</sup> Bäcker, Gerhard (2014): Ebenda.

<sup>9</sup> Die LINKE (2013): Ebenda.

<sup>10</sup> Schreiner, Ottmar/Kiziltepe, Cansel (2012): Randnotizen zum Renten-disput in der SPD, in: Butterwegge, Christoph/Bosbach, Gerd/Birkwald, Matthias W. (Hrsg.): Armut im Alter – Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung, Frankfurt am Main, S. 302-321.

<sup>11</sup> So gilt nach geltender Rechtsprechung Wohneigentum mit bis zu 130 Quadratmetern erst bei einer Haushaltgröße von vier Personen als angemessen.

<sup>12</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank (2013): Private Haushalte und ihre Finanzen (PHF), Foliensatz vom 21. März 2013.

<sup>13</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank (2012): Das PHF: eine Erhebung zu Vermögen und Finanzen in Deutschland, Monatsbericht Januar 2012, S. 29ff.



### **Geldpolitik und Zentralbanken**

Zeise – Die Macht der Notenbanken / Müller – Zentralbanken: Überschätzte Steuerungsfähigkeit? / Busch – Geld im Focus alternativer Theorien / Ganßmann – Modern Money Theory – eine Kritik

### **Islamismus und der Krieg im Mittleren Osten**

Mouline – Quellen des Djihadismus / Kulow – Islamismus zwischen Tradition und Modernität / Ali/Cockburn – Der Aufstieg von ISIS / Ruf – Religiöser Fanatismus oder Business?

### **Energie und Klimapolitik**

Knolle – Klimawandel und ökonomische Theorien / Bimboes – Energiewende und erneuerbare Energien

### **Geschichte der Linken**

Plener – Luxemburg und Lenin 1905-1907/ Grass – Clara Zetkin und die Sozialistenkonferenz 1917 / Reschke – Proletariat und Großstadt: Berlin 1929-1933

**Und:** Biver – Die europäische Linke seit 1970 (II) / Friedrich / Kuhn – Antimuslimischer Rassismus in Deutschland

**Sowie:** Berichte, Buchbesprechungen

**Z** Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl.Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt:Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

[www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de](http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de) - e-mail:[redaktion@zme-net.de](mailto:redaktion@zme-net.de)

geerbt oder als Geschenk erhalten haben. Diese Nutznießer einer leistungslosen Vermögensübertragung würden mit Steuergeldern gegenüber den Nicht-Erben besser gestellt. Zudem wird diese Erbenquote von 27% – wenn wir Thomas Piketty folgen – im Zeitverlauf weiter ansteigen: »Die Jüngeren dagegen, vor allem die nach 1970 geborenen, leben schon wieder im Bewusstsein, dass die Erbschaft in ihrem Leben und dem ihrer Freunde oder Verwandten eine entscheidende Rolle spielt. Wer beispielsweise Hausbesitzer wird, hängt nun ganz wesentlich, zumindest ungleich stärker als in der Generation ihrer Eltern davon ab, was und wie viel sie erben – oder eben nicht.«<sup>14</sup> Die Privilegierung des Wohneigentums im Vorschlag der Linkspartei privilegiert somit – wie im Konzept eines »bedingungslosen Grundeinkommens« auch, das ebenfalls blind ist für vorhandene Einkommen und Vermögen – die Erbgeneration.

Zudem würden von der Linkspartei Anreize für Rentiers geschaffen, Vermögenswerte wie beispielsweise Aktien vor Bezug der Mindestrente in Wohneigentum umzuwandeln. Die großzügige Freigrenze von 130 Quadratmetern lädt zudem zu einer gerade in Großstädten nicht unüblichen »schwarzen« Untervermietung oder Umwandlung in Ferienwohnungen ein, sodass die Vermögenden weitere Einnahmen erzielen und ihren Wohlstand weiter steigern könnten. Ebenso könnte Wohneigentum vor dem Bezug der »solidarischen Mindestrente« zwischen Ehepartnern auf zwei Wohnimmobilien aufgeteilt werden, da der Anspruch jeweils individuell gelten soll. Auch ist ungeklärt und eine Einladung zum Missbrauch, wie mit relevanten Vermögensübertragungen an die eigenen Kinder umzugehen wäre.

Statt positive Anreize gegenüber prekären Milieus zu schaffen, sozialversicherungspflichtig zu arbeiten und mit Beiträgen die Sozialversicherung in ihrer Einnahmeseite zu stützen, macht es das Rentenkonzept der Linksfraction – wie das Konzept des »bedingungslosen Grundeinkommens« auch – attraktiv, im Lebensverlauf die Sozialversicherungspflicht zu umgehen. Davon profitieren besonders prekär bzw. selbständig arbeitende Bevölkerungsgruppen aus der Erbgeneration der Ober- und Mittelschichten – beispielsweise die neue so prekäre wie urbane Kultur der digitalen Arbeit/Selbständigkeit im Werbe-, Medien- oder IT-Bereich. Das Rentenkonzept der Linksfraction schafft also einen falschen Anreiz, mit (schein-)selbständiger Arbeit beispielsweise über Werkverträge Sozialversicherungsbeiträge zu sparen und die eingesparten Mittel stattdessen für eigene Konsumausgaben einzusetzen, in das durch die »solidarische Mindestrente« geschützte Immobilieneigentum wie Mehrgenerationenhäuser und private Baugruppen oder die eigenen Kinder zu investieren.

Ralf Krämers Charakterisierung des »bedingungslosen Grundeinkommens« als »universellen Kombilohn« passt daher auch gut zur »solidarischen Mindestrente«<sup>15</sup>: Vermögende können ihren Bezug mit der Nutzung ihres Vermögens kombinieren. Sie haben damit einen Vorteil. Nicht-Vermögende müssen als Rentner dagegen Miete zahlen, eine geringfügige Beschäftigung aufnehmen oder beispielsweise Pfandflaschen sammeln, um überleben zu können. Sie haben einen Nachteil.

Wie für alle libertären/liberalen Ansätze typisch öffnet die »solidarische Mindestrente« auch dem Finanzmarkt die Tür, sein Geschäftsmodell der privaten Aufstockung des neuen Grundversicherungsniveaus zu etablieren. Dazu müsste in dem Konzept der »solidarischen Mindestrente« lediglich das großzügige Schonvermögen noch um ein großzügiges Schoneinkommen ergänzt werden. Insofern ist die »solidarische Mindestrente« der Linksfraction eine Antwort in libertärer Tradition auf die Prekarisierung der Arbeit und die zunehmende Altersarmut. Sie ist anschlussfähig an die neoliberalen Alterssicherungskonzepte, die ebenfalls auf (schwache) öffentliche Grundleistungen als Basis für private Ergänzungen und neue Geschäftsmodelle für private Banken und Versicherungen setzen.

Thomas Piketty zufolge wird die umlagefinanzierte Altersversorgung »auch in Zukunft, und in allen Ländern, ein konstitutiver Bestandteil des idealen Sozialstaats bleiben«.<sup>16</sup> Aber nicht Pikettys Rat einer Stärkung der Sozialversicherung folgt die Linksfraction mit ihrem Vorschlag, ein Vermögen von gut einer halben Million Euro beim Bezug ihrer »solidarischen Mindestrente« unberücksichtigt zu lassen, sondern sie folgt der neoliberalen Politik der Stärkung der privaten Vorsorge. Mit dem Vorschlag münden die Einkommen zukünftig stärker auf dem Finanzmarkt ein als in der Sozialversicherung.

### **Vermischung von Steuer- und Beitragsfinanzierung**

Die »solidarische Mindestrente« trägt auch zum Bedeutungs- und Ansehensverlust der Sozialversicherung bei, indem sie die Menschen im Lebensverlauf mit der steuerfinanzierten Mindestrente auf eine Fürsorge- statt auf eine Sozialversicherungs-

leistung orientiert. Es werden falsche Anreize gesetzt, die Sozialversicherung zu verlassen.

Eine wesentliche Ursache für die steigende Armut älterer Menschen ist neben der Prekarisierung der Arbeit das – von der Politik beschlossene – sinkende Rentenniveau. Wie die Tabelle zeigt, sind die Rentenzahlbeträge der Männer, die bereits Rentner sind (»Bestand«), in Westdeutschland um 90 Euro und in Ostdeutschland um 181 Euro höher als die Rentenzahlbeträge der Männer, die erstmals in den Rentenbezug (»Zugang«) wechseln. Dieser Abstand ist Ausdruck des sinkenden Rentenniveaus. Ende des Jahres 2012 bezogen in Deutschland 338.371 Menschen Grundsicherungsleistungen für Ältere ab 65 Lebensjahren zusammen mit einer Rente.<sup>17</sup> In den zehn Jahren zuvor hat sich ihre Zahl mehr als verdoppelt. Die Grundsicherung ist eine Sozialleistung u.a. für ältere Menschen, deren Altersrenten oder anderen Einkünfte derart niedrig sind, dass sie nicht ausreichen, den Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu bestreiten. Die stark steigende Zahl der Grundsicherungsempfänger ist ein Zeichen für die abnehmende Leistungskraft der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die »solidarische Mindestrente« befördert ebensowenig wie das »bedingungslose Grundeinkommen« bei ArbeitnehmerInnen die Neigung, in Weiterbildung und die Steigerung der eigenen Beschäftigungsfähigkeit zu investieren und mit daraus folgenden höheren Einkommen später wiederum höhere Rentenansprüche zu erzielen als sie das Grundsicherungsniveau gewährleistet. Das Rentenkonzept der Linkspartei stellt mit derartigen Fehlanreizen daher auch eine Gefahr für Innovationen, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland dar.

Dem Rentenkonzept der Linksfraction zufolge sollen »alle in Deutschland lebenden Menschen« und »unabhängig von vorheriger Beitragsleistung« einen Rechtsanspruch auf die »solidarische Mindestrente« haben. Indem der Anspruch auf die »solidarische Mindestrente« weder an eine bestimmte Dauer eines rechtmäßigen Aufenthalts in Deutschland noch an vorangegangene Beitragsleistungen in die hiesigen Sicherungssysteme geknüpft wird, ist das eine Einladung zur Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme statt in sozialversicherungspflichtige Arbeit. Statt die sozialen Sicherungssysteme mit Beiträgen zu stärken, nehmen EinwandererInnen dann Leistungen eines sozialen Sicherungssystems in Anspruch, zu dessen Finanzierung sie nie zuvor beigetragen haben. Derartige Effekte können zu einer Überdehnung der sozialen Sicherungssysteme führen, bei Überbeanspruchung Leistungseinschränkungen hervorgerufen und ihr Ansehen in der arbeitenden Bevölkerung nachhaltig schädigen. Wie auch das »bedingungslose Grundeinkommen« wäre die »solidarische Mindestrente« ein deutscher Sonderweg in Europa, der auch zum Missbrauch im Rahmen der europäischen Freizügigkeit einladen würde.

Wie das »bedingungslose Grundeinkommen« auch, bricht die »solidarische Mindestrente« mit der Einräumung großzügiger Vermögensgrenzen mit dem Prinzip der Bedürftigkeit als Voraussetzung des Anspruchs auf Fürsorgeleistungen. Fürsorgeleistungen sind in der Tradition des deutschen Wohlfahrtsstaats in der Regel mit Bedürftigkeitsprüfungen verbunden. Bevor eine Leistung gewährt wird, soll geprüft werden, ob auch ein Bedarf danach besteht. Das Bedürftigkeitsprinzip gewähr-

leistet die Passgenauigkeit sozialer Leistungen. Es stellt – auch im Interesse der BürgerInnen, die die Finanzmittel dafür mit ihrer Arbeit aufbringen – sicher, dass nur diejenigen Personen Fürsorgeleistungen in Anspruch nehmen, die auch wirklich bedürftig sind. Mit Bedürftigkeitsprüfungen werden Fehlallokationen unterbunden. Auch die Akzeptanz der sozialen Sicherungssysteme in der arbeitenden Bevölkerung hängt maßgeblich von ihrer Fähigkeit ab, genau denjenigen Menschen zu helfen, die wirklich bedürftig sind.

Die »solidarische Mindestrente« ist ebenso wie das »bedingungslose Grundeinkommen« im Interesse der Arbeitgeber, von Sozialversicherungsabgaben entlastet zu werden. Steuerfinanzierungen sind aus Arbeitgebersicht immer hälftigen Beitragsfinanzierungen vorzuziehen. Die »solidarische Mindestrente« wirkt daher – wie ihr Zwillingsbruder, das »bedingungslose Grundeinkommen« – umverteilungspolitisch im Sinne der Arbeitgeber, die bei den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet werden, und der Vermögenden, indem es ihnen trotz fehlender Bedürftigkeit den Zugang zu Sozialleistungen eröffnet.

Die Linksfraction plant, ihre »solidarische Mindestrente« geschickt als Sozialversicherungsleistung zu tarnen, indem sie als »Rente« bezeichnet und »durch die Rentenversicherung ausgezahlt« werden soll. Zur Frage der Übernahme der anfallenden Verwaltungskosten trifft die Linkspartei keine Aussage. Offenbar sollen die anfallenden Verwaltungskosten auf die Beitragszahler der Rentenversicherung abgewälzt werden. Dann würden die BeitragszahlerInnen der Rentenversicherung sowohl mit ihren Steuern als auch ihren Beiträgen die EmpfängerInnen der »solidarischen Mindestrente« alimentieren.

Statt beide Systeme auch bei den Leistungsniveaus wieder trennschärfer zu gestalten, leistet die Linkspartei einer weiteren Vermischung Vorschub. Steuerfinanzierte Fürsorgesysteme bergen im Gegensatz zu beitragsfinanzierten Sozialversicherungen stets die Gefahr einer Sozialpolitik nach Haushaltskassenlage. Während Sozialversicherungsansprüche verfassungsrechtlich eigentumsähnlichen Schutz genießen und durch die Beteiligung der Gewerkschaften an der Selbstverwaltung besonders geschützt sind vor politischem Zugriff, sind steuerfinanzierte Fürsorgeleistungen von staatlicher Austeritätspolitik stets akuter bedroht.

Das Rentenkonzept der Linksfraction birgt die Sprengkraft eines Systemwechsels in der deutschen Sozialpolitik. Mit der Privilegierung Vermögender gegenüber Leistungsbeziehern ohne Vermögen bewegt sich der Vorschlag mit großen Schritten auf eine Alterssicherungspolitik zu, die die paritätische Finanzierung über Beiträge zurückdrängt und durch Steuern finanzierte Kombilöhne und -renten etabliert.

<sup>14</sup> Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München, S. 506.

<sup>15</sup> Krämer, Ralf (2014): Bedingungsloses Grundeinkommen – Risiken und Nebenwirkungen, in: Zeitschrift »Sozialismus« 12/2014, S. 39-42.

<sup>16</sup> Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München, S. 654.

<sup>17</sup> Deutsche Rentenversicherung (2014): Rentenversicherung in Zahlen 2014



## Sozialpolitische Alternativen statt libertärem Paradigmenwechsel

Das sinkende Rentenniveau, die steigende Zahl der Grundsicherungsempfänger und die wachsenden Armutsgefährdungsquoten Älterer verdeutlichen den dringenden sozialpolitischen Handlungsbedarf. Zum Rentenkonzept der Linkspartei existieren sozialpolitische Alternativen: Die Regelung der »Mindestentgeltpunkte bei geringem Arbeitsentgelt« sieht vor, dass bei Vorliegen von 35 Jahre rentenrechtlicher Zeiten – Beitragszeiten, beitragsfreie Zeiten und Berücksichtigungszeiten – die Rentenansprüche auf bis zu 75% der Rentenansprüche des Durchschnittseinkommens angehoben werden. Allerdings gilt diese Regelung nach derzeitiger Rechtslage nur für Pflichtbeitragszeiten vor 1992 und schließt somit die jüngeren Erwerbstätigen aus, die in besonderer Weise vom neuen Niedriglohnbereich und unstenen Erwerbsbiografien betroffen sind.<sup>18</sup> Schon im Jahr 2008 haben sich der DGB<sup>19</sup> und das CDU-geführte Arbeitsministerium in Nordrhein-Westfalen<sup>20</sup> für eine Fortführung der Aufwertung niedriger Einkommen ausgesprochen. Während das Arbeitsministerium 35 Versicherungsjahre wie in der auslaufenden Regelung als Voraussetzung forderte, hielt der DGB 25 Jahre für ausreichend. Und als der DGB forderte, die Kosten über den Steuerhaushalt zu finanzieren, brachte die CDU-geführte Landesregierung eine Gegenfinanzierung über eine Absenkung der Witwenrenten ins Gespräch, betonte aber auch, dass gute Gründe für eine Steuerfinanzierung sprechen würden, da höhere Rentenansprüche für Geringverdiener spätere Grundsicherungsleistungen vermindern könnten.

Auch der Sozialverband Deutschland forderte in seinem Konzept »Mindestsicherung in der Rente«, die Regelung der »Mindestentgeltpunkte bei geringem Arbeitsentgelt« bis zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes fortzuführen, ohne allerdings zu erkennen, dass der Mindestlohn das Armutsrisiko im Alter zwar vermindert, aber selbst bei Anhebung des Rentenniveaus nicht verhindert.<sup>21</sup>

Die Forderung nach Anhebung der Rentenleistungen für langjährig beschäftigte Niedrigverdiener und Beitragszahler in der Rentenversicherung wurde im Jahr 2014 von den Gewerkschaften bekräftigt.<sup>22</sup> Auch im DGB-Konzept müsste allerdings sichergestellt werden, dass keine falschen Anreize für freiwil-

lige Teilzeitarbeit – beispielsweise um parallel einer selbständigen Beschäftigung oder einer ehelichen Hinzuverdiener-Tätigkeit nachzugehen – gesetzt werden.

Im Unterschied zur Linkspartei setzt die SPD auf Anreize zur Inklusion in die Sozialversicherung, indem der Anspruch auf ihre »Solidarrente« in Höhe von 850 Euro durch Höherbewertung von Arbeitslosigkeits- und Niedriglohnzeiten an die Voraussetzung von 30 Beitragsjahren und 40 Versicherungsjahren geknüpft wird: »Langjährige Beitragszahlung in die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung führen.«<sup>23</sup> Wer wegen fehlender Beitrags- bzw. Versicherungszeiten die Voraussetzungen dafür nicht erfüllen kann, soll dennoch eine Grundsicherungsleistung in Höhe von 850 Euro erhalten – aber erst nach einer »Bedürftigkeitsprüfung«. Die Absenkung des Rentenniveaus, die mitverantwortlich ist für die wachsende Altersarmut, stellt die SPD allerdings ebenso wenig infrage wie die von ihr zu verantwortende Etablierung eines flächendeckenden Niedriglohnssektors, der durch die Einführung eines Mindestlohnes von 8,50 Euro bei Weitem nicht beseitigt ist.

Im Gegensatz zur SPD haben die Gewerkschaften ein Rentenmodell vorgelegt, mit dem das für die steigende Altersarmut und die große Verunsicherung unter den arbeitenden Menschen mitverantwortliche Sinken des Rentenniveaus um etwa ein Fünftel bis zum Jahr 2030 gestoppt und die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ausgesetzt werden könnte. Als Finanzierung schlägt der DGB eine schrittweise Anhebung des jeweils zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzubringenden Beitrags auf bis zu 22% im Jahr 2025 vor, der bis zum Jahr 2030 stabil bleiben könnte.<sup>24</sup>

Noch im Jahr 2011 hatte auch die Linkspartei in ihrem damaligen Rentenkonzept die Fortführung der »Mindestentgeltpunkte bei geringem Arbeitsentgelt« gefordert und festgestellt: »Das würde in Kombination mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von zehn Euro pro Stunde dazu führen, dass für ein Jahr Vollzeitarbeit im Schnitt nicht weniger als 0,75 Entgeltpunkte in der GRV gutgeschrieben werden.«<sup>25</sup> In ihrem Rentenkonzept wurde ebenfalls eine Mindestrente in Höhe von 900 Euro netto gefordert (die Lücke zwischen den 900 Euro und dem jeweiligen Anspruch aus der Rentenversicherung sollte mit Steuermitteln gedeckt werden), die allerdings einkommens- und

vermögensgeprüft sein sollte. Zugleich sollten die von »Rot-Grün zur Neuausenkung eingeführten Dämpfungsfaktoren (Riester-Faktor, Nachhaltigkeitsfaktor und Nachholfaktor)« wieder abgeschafft und ein Mindestlohn von zehn Euro eingeführt werden. Grundsicherungsempfänger sollten 0,5 Rentenpunkte erhalten, sodass trotz mehrjähriger Erwerbslosigkeit eine Rente über Grundsicherungsniveau wieder möglich gewesen wäre. Positiv ist hervorzuheben, dass in dem alten Rentenkonzept der Linkspartei das Abstandsgebot zwischen Fürsorgeleistung im Alter (Mindestrente) und allgemeiner Rente wohl gewahrt geblieben wäre. Umso verwunderlicher ist der seit dem Jahr 2011 vorgenommene Kurswechsel der Linkspartei.

Johannes Steffens großes Verdienst ist es, in den rentenpolitischen Beschlüssen der Linkspartei den fundamentalen Paradigmenwechsel erkannt zu haben. Man sollte aber auch den ideologischen Hintergrund stärker verdeutlichen: Es ist die von libertärem Gedankengut beeinflusste Idee des »bedingungslose Grundeinkommens«, das mit dem Konzept der Linkspartei für eine »solidarische Mindestrente« nun erstmals Eingang in ihre offizielle Renten- und damit auch Sozialpolitik insgesamt gefunden hat.

Durch die Hintertür der Rentenpolitik ist mit der »solidarischen Mindestrente« eine Art des »bedingungslosen Grundeinkommens« für Ältere auf der offiziellen sozialpolitischen Agenda der Linkspartei verankert worden. Einem trojanischen Pferd ähnelnd, würde die »solidarische Mindestrente« Daniel Kreutz zufolge einen »ebenso überflüssigen wie systemfremden konzeptionellen Fremdkörper« in der Sozialversicherung bilden.<sup>26</sup> Gerade weil dieser libertäre »Fremdkörper« mit der traditionellen Statik des Hauses völlig inkompatibel ist, könnte er das gesamte Gebäude sukzessive zum Einsturz bringen.

Dreißig Jahre der ideologischen Dominanz des Neoliberalismus haben ihre Spuren hinterlassen in den sozialpolitischen Vorstellungen der mittleren und jüngeren Altersgruppen. Aber auch ihre materiellen prekären Erwerbsbiografien selbst prägen ihre sozialpolitischen Vorstellungswelten. Als Ausdruck dieser materiellen und ideellen Veränderungsprozesse sind die Kon-

zeption des »bedingungslosen Grundeinkommens« wie auch die artverwandte »solidarische Mindestrente« voll anschlussfähig an den neoliberalen Mainstream, was ihrer Popularität in »linken Milieus« keineswegs schadet.

Diese programmatische Verschiebung der Linkspartei weg von gewerkschaftlichen hin zu libertären Positionen in der Rentenpolitik ist keine Bagatelle. Der gewerkschaftliche Ansatz und der Ansatz der Linkspartei unterscheiden sich hinsichtlich der Strategien zur Altersarmutsbekämpfung nunmehr fundamental dadurch, dass die Gewerkschaften im Sinne ihrer Bürgerversicherungs-/Erwerbstätigenversicherungsansätze prekär Beschäftigte in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen bzw. sie darin halten wollen, während die Linkspartei nunmehr den Ausstieg aus der gesetzlichen Rentenversicherung mit libertär geprägten Anreizen belohnen und dabei Vermögende begünstigen will.

<sup>18</sup> Mit dieser Regelung wurde die bis 1992 gültige »Rente nach Mindesteinkommen« modifiziert. Die Zugangsvoraussetzungen wurden von 25 auf 35 Versicherungsjahre erhöht und zudem langjährige Teilzeitbeschäftigte schlechter gestellt, um Anreize zur Vollzeitbeschäftigung zu setzen.

<sup>19</sup> Deutscher Gewerkschaftsbund (2008): Solidarische Alterssicherung stärken, Sicherungslücken schließen, Altersarmut verhindern! Herausforderungen und Handlungsbedarf in der Alterssicherung, Beschluss des DGB-Bundesvorstands vom 6. Mai 2008.

<sup>20</sup> Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2008): Vermeidung von Altersarmut. Analyse und Handlungsempfehlung, Düsseldorf 2008. Ergänzend zu den bestehenden Regelungen soll die Anhebung auch für Teilzeitbeschäftigte in den ersten zehn Jahren der Kindererziehung und während der nicht-erwerbsmäßigen Pflege eines pflegebedürftigen Kindes gelten.

<sup>21</sup> Sozialverband Deutschland (2009): Mindestsicherung in der Rente, www.sovd.de/mindestsicherung.

<sup>22</sup> DGB-Bundeskongress (2014): Antrag L 001, Heute die Rente von morgen sichern Z. 214-225.

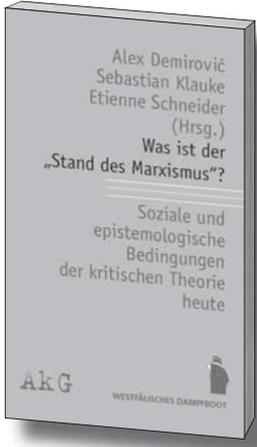
<sup>23</sup> SPD (2012): Die SPD-Rentenpolitik: Arbeit muss sich lohnen, Beschluss Nr. 1, 2. Parteikonvent am 24. November 2012.

<sup>24</sup> DGB (2013): Heute die Rente von morgen sichern – Das DGB-Rentenkonzept 2013, Berlin.

<sup>25</sup> Partei DIE LINKE (2011): Solidarische Rentenversicherung, Beschluss des Parteivorstands vom 15./16. Oktober 2011.

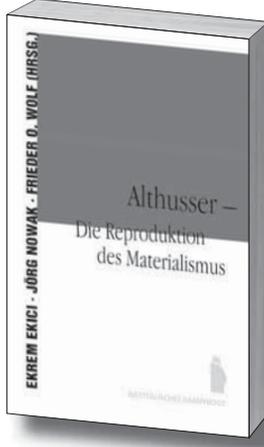
<sup>26</sup> Daniel Kreutz (2013): Mindestrente: Nicht nur eine Gerechtigkeits-, auch eine Systemfrage, in: »Sozialistische Zeitung« (SoZ) 1/2013, www.sozonline.de/2013/01/mindestrente-nicht-nur-eine-gerechtigkeits-auch-eine-systemfrage/.

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



*Alex Demirović, Sebastian Klauke, Étienne Schneider (Hrsg.)*  
**Was ist „der Stand des Marxismus“?**  
 Soziale und epistemologische Bedingungen der kritischen Theorie heute (hrsg. im Auftrag der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung)  
 2015 - 185 Seiten - € 19,90  
 ISBN: 978-3-89691-717-1

Was waren und sind zentrale Entwicklungslinien, materielle und epistemologische Reproduktionsbedingungen, Herausforderungen, Probleme, aber auch Revitalisierungsprozesse zurückliegender und aktueller Diskussionen, die sich auf Marx beziehen oder sie fortzusetzen beanspruchen?



*Ekrem Ekici, Jörg Nowak, Frieder Otto Wolf (Hrsg.)*  
**Althusser - Die Reproduktion des Materialismus**  
 2015 - ca. 260 S. - ca. € 29,90  
 ISBN: 978-3-89691-718-8

Ein Beitrag zu einem erneuten Nachdenken über politische Strategien radikaler Transformation.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
  - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
  - Internationales/Krieg & Frieden
  - Buchbesprechungen/Filmkritiken
  - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie  ABC  Mandel  Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie  ABC  Mandel  Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

